



## Niederschrift 36. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 15.12.2022  
**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:14 Uhr  
**Ort, Raum:** Club 91, Kastanienallee 22 d, 14471 Potsdam

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitz

Herr Tiemo Reimann                      SPD

#### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Matthias Kaiser	CDU
Frau Katharina Tietz	DIE aNDERE
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger
Frau Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger

#### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Grit Schkölziger	SPD	bis 18:00 Uhr
Herr René Kulke	DIE aNDERE	

#### beratende Mitglieder

Herr Ron Bulgrin	Jugendvertreter	
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat	ab 18:00 Uhr
Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	ab 17:00 Uhr
Frau Katrin Hayn		

#### Beigeordnete



- 5.1 Bildungsbericht Übergang Schule-Beruf
- 5.2 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport
- 5.3 Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes mit dem Fokus Grundschul-Anmeldung - Anfrage vom Kita-Elternbeirat
- 5.4 Zuwendungsbescheide 2023 Jugendförderung - Anfrage von Frau Tietz
- 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 7 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Eckwertebeschluss für die Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes 2023/2024 (inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2025 – 2027)  
Vorlage: 22/SVV/0714  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling
- 9 Anträge
- 9.1 Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ Beschluss  
Vorlage: 22/SVV/1212  
Bodo Ströber, Unterausschuss Jugendhilfeplanung
- 10 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.11.2022**

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **12 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.

Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Die Tagesordnungspunkte 5.1 „Bildungsbericht Übergang Schule-Beruf“, 8.1 „Eckwertebeschluss für die Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes 2023/2024 (inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2025 – 2027), Vorlage 22/SVV/0714“ sowie 9.1 „Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ Beschluss, Vorlage 22/SVV/1212“ sollen zurückgestellt werden.

Er stellt die Änderungen der Tagesordnung zur Abstimmung. Diese werden mehrstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung gestellt und ebenso mehrstimmig **angenommen**.

Die Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.11.2022 wird **zurückgestellt**.

### **zu 3            Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat**

Herr Bulgrin informiert, dass der Kreisschülerrat am 12.12.2022 getagt habe. Dort seien vier Arbeitsgruppen gebildet worden. Die erste Arbeitsgruppe hätte sich mit dem Rahmenlehrplan befasst. In diesem Zusammenhang hätte die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg Frau Ernst Jugendliche dazu eingeladen, sich mit ihr im Jahr 2023 damit zu befassen. Die zweite Arbeitsgruppe hätte sich mit der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern an Potsdamer Schulen befasst. Schülerinnen und Schüler seien in diesem Zusammenhang dabei, einen Antrag zu formulieren. Die dritte Arbeitsgruppe hätte sich mit der Benotung in den Fachbereichen Sport, Kunst, Musik und Darstellendes Spiel befasst. Schülerinnen und Schüler seien in diesem Zusammenhang dabei, einen Antrag zu formulieren. Die vierte Arbeitsgruppe hätte sich mit dem ÖPNV befasst. Schülerinnen und Schüler würden in diesem Zusammenhang an einer Veranstaltung arbeiten, die voraussichtlich im Januar 2023 stattfindet und wozu Mitglieder der freien Träger, Mitglieder interessierter Fraktionen sowie Schülerinnen und Schüler herzlich eingeladen seien. Beim Beteiligungsworkshop zum Kinder- und Jugendgesetz am 10.12.2022 wäre die Jugendhilfeplanung thematisiert worden. Dabei wäre diskutiert worden, den Jugendhilfeausschuss jugendgerechter zu gestalten, um mehr Interesse am Jugendhilfeausschuss hervorzurufen. Weitere Themen wären Beteiligung, die Rolle der Kinder- und Jugendbeauftragten, der Jugendbericht und Beratung gewesen.

Herr Reimann schlägt vor, den Sprecher der AG Bürgerticket in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung einzuladen. Eine Behandlung dieses Themas würde eher in den Ausschuss für Bildung und Sport fallen. Er macht deutlich, dass eine einfache Sprache im Jugendhilfeausschuss aufgrund vieler schwieriger Themen kaum realisierbar sei und bietet in diesem Zusammenhang dem Jugendbeirat an, sich zusammzusetzen, um die Jugendlichen besser einzubeziehen.

Herr Kaiser führt aus, dass die Schulsozialarbeit an allen Schulen von der Verwaltung umgesetzt werden würde.

Frau Aubel gibt bekannt, dass es im Jahr 2023 eine neue Version des Ratsinformationssystems geben werden würde.

Herr Ströber verweist darauf, dass es die Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe gebe.

Frau Schkölziger bittet darum, auch im Ausschuss für Bildung und Sport zu berichten.

#### **zu 4      Vorstellung Gutachten Elternbeitragsordnung**

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass es das Ziel sei, dass die Ergebnisse aus anderen Ausschüssen hier mit einfließen.

Frau Aubel führt aus, dass die Berichterstattung aufgrund der Veröffentlichung im Ratsinformationssystem erfolgt worden wäre. Es wäre das bewusste Ziel der Verwaltung gewesen, dies öffentlich zu machen. Im Nachgang aller Abstimmungen wäre die Befassung im Jugendhilfeausschuss geplant gewesen. Sie zitiert aus der dienstlichen Anweisung des Oberbürgermeisters zum Prüfauftrag gemäß § 101 Absatz 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) wie folgt:

*„Ich weise mit sofortiger Wirkung an, dass*

- 1) der CISO mit der Unterstützung des Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen dieses Prüfauftrages betraut wird.*
- 2) sämtliche Unterlagen und elektronischen Dateien, die im Zusammenhang mit der Erstellung der Kalkulation der Elternbeiträge im Zeitraum 2013-18 erstellt wurden, von der Löschung bzw. sonstigen Vernichtung bis auf weiteres ausgenommen sind und zum Zwecke der weiteren Prüfung vorzuhalten sind.*
- 3) die Unterlagen im Sinne Ziff. 2 der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes auf Verlangen auszuhändigen bzw. zugänglich zu machen sind.*
- 4) Fragen im Zusammenhang mit der Aufklärung des Sachverhalts vollumfänglich und unverzüglich beantwortet werden.*
- 5) der FB 23 in Auswertung des Gutachtens einen Maßnahmenkatalog formuliert, um die im Gutachten aufgezeigten organisatorischen Mängel künftig zu vermeiden.*
- 6) der FB 53 das Gutachten dahingehend auswertet, ob sich daraus erforderliche organisatorische Maßnahmen für die Gesamtverwaltung ableiten lassen.“*

Herr Reimann führt aus, dass viele den Bericht der Presse entnommen hätten. Der Rechnungsprüfungsausschuss würde in der Regel nicht öffentlich tagen.

Herr Wagner und Herr Maßalski vom Institut für Public Management berichten mit Hilfe einer Präsentation über das Gutachten zur Berechnung der fehlerhaften Kita-Elternbeiträge 2015 bis 07/2018 (siehe **Anlage 1**).

Frau Dr. Müller verweist in diesem Zusammenhang auf ein Durcheinander zwischen Verwaltungshandeln und politischen Vorgaben. Sie möchte wissen, ob eine chronologische oder eine getrennte Betrachtung erfolgte. Herr Otto möchte wissen, ob es Fachbereichskonferenzen mit den Abteilungsleitenden und entsprechende Kontrollpflichten gibt. Frau Aubel führt aus, dass es keine Dokumentation zu den Kontrollen gebe. Protokolle der Kontrollen seien vorhanden. Sie macht deutlich, dass man darauf vertrauen müsse, dass die Fachverwaltung die Gesetze richtig liest. Herr Pfeiffer ergänzt, dass ein Kommunikations- und Kooperationskalender entwickelt worden wäre. Die Bereichsleitenden des Fachbereiches Bildung, Jugend und Sport würden jede Woche einmal mit der Fachbereichsleitung Bildung, Jugend und Sport sprechen. Die Arbeitsaufträge würden gezielt über die Hierarchien gestellt werden. Frau Aubel stellt klar, dass sich die damaligen Mechanismen ihrer Kenntnis entziehen, da sie in dem im Bericht benannten Zeitraum noch nicht in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam tätig war. Herr Maßalski vom Institut für Public Management gibt bekannt, dass es kaum eine schriftliche Dokumentation zur Kalkulation gegeben hätte.

Frau Dr. Müller fragt nach der Haushaltslage. Herr Maßalski vom Institut für Public Management führt aus, dass das Institut für Public Management chronologisch vorgegangen wäre. Entsprechende Beratungen hätten in den Ausschüssen und mit dem AWO Bezirksverband Potsdam e.V. stattgefunden. Frau Aubel ergänzt, dass es zu einem Ergebnis gekommen wäre, das nicht mit dem geltenden Recht konform war. Sie macht deutlich, dass es nicht möglich sei, gesetzliche Vorgaben so zu ändern, um ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen. Herr Maßalski vom Institut für Public Management macht darauf aufmerksam, dass es ein Zukunftsprogramm und den politischen Willen der Anpassung der Höchstbeiträge gegeben hätte.

Herr Kaiser fragt nach einer Auflistung, mit wem die Interviews durchgeführt worden sind. Herr Maßalski vom Institut für Public Management führt aus, dass nur Positionen aufgelistet worden wären. Es sei nicht geplant, personenbezogene Daten im öffentlichen Teil zu veröffentlichen.

Herr Ströber macht darauf aufmerksam, dass Aussagen von Mitarbeitenden im Controlling und von Führungskräften nicht enthalten seien. Frau Aubel bittet zu bedenken, wem dies bewusst genutzt hätte. Herr Reimann gibt bekannt, dass es auch noch einmal eine zweite Lesung geben wird.

Herr Otto fragt nach der Schlussfolgerung. Frau Aubel führt aus, dass in der Beratungsfolge der Hauptausschuss wohl formal der letzte Ausschuss sei.

Frau Dr. Müller fragt nach dem Grad der Verbindlichkeit. Sie macht deutlich, dass man Eckpunkte festmachen müsse, die man kontrollieren kann. Frau Frenkler macht darauf aufmerksam, dass es in der Landeshauptstadt Potsdam viele freie Träger und daher einen geringen Höchstsatz geben würde. Sie betont, dass es das Ziel sein müsse, eine einheitliche Elternbeitragsordnung herbeizuführen.

Herr Ströber fragt nach etwas Schriftlichem. Herr Reimann antwortet, dass das Gutachten nun im Internet zu finden sei. Alle Ausschussmitglieder seien

angehalten, sich damit zu befassen.

Herr Maßalski vom Institut für Public Management betont, dass die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung kooperativ gewesen wären.

Herr Reimann bittet darum, Fachfragen an das Jugendamt zu richten.

PAUSE 17:55 – 18:05 Uhr

## **zu 5 Informationen des Jugendamtes**

### **zu 5.1 Bildungsbericht Übergang Schule-Beruf**

Der Tagesordnungspunkt wird **zurückgestellt**.

### **zu 5.2 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport**

Herr Pfeiffer führt aus, dass aufgrund von Krankheit und Arbeitgeberwechseln keine Kolleginnen und Kollegen des Fachbereiches Personal und Organisation an der Sitzung teilnehmen könnten. Eine Dauerausschreibung wäre veröffentlicht worden. Am 13.12.2022 hätten erste Vorstellungsgespräche stattgefunden. Sukzessive würde der Krisendienst aufgestockt werden. Immer kontinuierliche Bewerbungen würden zu regelmäßigen Vorstellungsgesprächen führen. Derzeit würde sich die Verwaltung in Abstimmung mit einem Arbeitszeitmodell befinden. Die Frage der Räumlichkeiten müsse geklärt werden. Es sei geplant, dass der Bereich Regionale Kinder- und Jugendhilfe entlastet wird. Eine Organisationsuntersuchung sei angestrebt und eine Leistungsbeschreibung wäre erstellt worden. Für das mobile Arbeiten könnten Tablets und Notebooks verteilt werden. Werkstudentinnen und Werkstudenten sowie Bürounterstützungen wären installiert worden. Dies alles seien kleine Schritte. Die Verwaltung hätte zunächst im personell-strukturellen Bereich aufzuholen, dann seien fachlich-inhaltliche Verbesserungsschritte möglich. Ab dem 02.01.2023 würde es eine neue Bereichsleitung Regionale Kinder- und Jugendhilfe geben.

Herr Reimann bedauert, dass keine Kolleginnen und Kollegen des Fachbereiches Personal und Organisation an der Sitzung teilnehmen können. Er fragt, wie der Krisendienst ausgestattet sein soll. Herr Reimann merkt an, dass im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport bereits eine Organisationsuntersuchung durchgeführt worden wäre und möchte wissen, warum noch eine Organisationsuntersuchung durchgeführt werden soll. Herr Pfeiffer führt in Bezug auf eine Terminkette aus, dass er regelmäßige Treffen zur Umsetzung des Maßnahmenplanes hätte. Die Organisationsuntersuchung im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport durch die Kienbaum Consultants International GmbH sei eine Vergangenheitsbetrachtung, daher sei ihm dazu keine Aussage möglich.

Herr Kulke fragt, was untersucht werden soll. Er möchte wissen, ob sich etwas in der Krisensituation verändert hat. Frau Dr. Müller fragt, ob die Mitglieder des Ausschusses die Leistungsausschreibungen zu den beiden Organisationsuntersuchungen zur Kenntnis erhalten können. Herr Pfeiffer führt aus, dass es für die Räumlichkeiten in Marquardt derzeit eine Innenausstattung geben würde. Die Personalsuche sei groß. Ein Start zum 01.12.2022 wäre nicht möglich gewesen, nun sei ein Start zum 01.02.2023 das Ziel. Dort würde es dann wohl auch Plätze zur Inobhutnahme geben. Gegenstand einer Organisationsuntersuchung seien die Erstellung eines Aufgaben- und Leistungsportfolios, die Darstellung der Prozesse, die Darstellung von Ressourcen zur Steigerung der Effektivität sowie der Versuch der Darstellung über ein digitales Tool.

Frau Dr. Müller fragt nach der Grundlage für die Personalbedarfsermittlung. Herr Pfeiffer führt aus, dass es ein zur Verfügung stehendes Personalbudget im Haushalt geben würde. Es gebe kein Personalbemessungsinstrument in der Landeshauptstadt Potsdam.

Herr Reimann gibt bekannt, dass dieses Thema in der nächsten Klausurtagung behandelt werden soll.

Frau Frenkler macht deutlich, dass es das Ziel sein müsse, dass am Ende der Organisationsuntersuchung ein Ergebnis steht. Eine Bedarfsbemessung sei wichtig. Sie merkt an, dass die AWO Kinder- und Jugendhilfe Potsdam gGmbH seit November 2022 keine Anfragen mehr in Bezug auf flexible Hilfen erhalten hätte und dass dies funktionieren müsse.

### **zu 5.3      Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes mit dem Fokus Grundschul-Anmeldung - Anfrage vom Kitaälternbeirat**

Herr Lenhard führt aus, dass das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg federführend bei der Umsetzung sei. Das Land Brandenburg würde planen, zum kommenden Anmeldefenster an der Grundschule vom Herbst 2023 bis zum Frühjahr 2024 zusätzlich zu den bestehenden Anmeldeverfahren ein digitales Verfahren für die Einschulung zum Schuljahr 2024/2025 anzubieten. Entsprechende Informationen würden Ende des Jahres 2022 auf der Internetseite des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg zur Verfügung stehen. Bei der Anmeldung hätten die Eltern das schulpflichtige Kind in der Schule persönlich vorzustellen. Daher sei eine Gesetzesänderung erforderlich. Dann würde auch eine entsprechende PDF-Datei für die Onlineanmeldung genügen.

Frau Hayn fragt nach dem Verfahren für die Schuleingangsuntersuchung. Herr Lenhard führt aus, dass diese noch persönlich erfolgt. Die Landeshauptstadt Potsdam würde das Land Brandenburg hierbei unterstützen. Bei der Grundschulanmeldung sei das Kind noch nicht Teil der Schule. Ein



entsprechendes Dokumentenmanagementsystem würde eingeführt werden.

Herr Kulke fragt, ob es sich um ein reines Anmeldeverfahren an der Schule handelt. Herr Lenhard bestätigt dies.

Herr Witzsche stellt fest, dass die Umsetzung vollständig in der Zuständigkeit des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg liegen würde. Herr Lenhard führt aus, dass er die Ansprechpartnerin im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg jederzeit anrufen könne. Entsprechende Informationen würden an den Jugendhilfeausschuss weitergegeben werden.

#### **zu 5.4      Zuwendungsbescheide 2023 Jugendförderung - Anfrage von Frau Tietz**

Herr Pfeiffer führt aus, dass der überwiegende Teil der Zuwendungsbescheide 2023 Jugendförderung versendet worden wäre. Es sei das Ziel, dass bis spätestens zum 23.12.2022 alle Träger die Zuwendungsbescheide 2023 Jugendförderung haben. Die Verwaltung würde dieses Ziel auch erreichen. Die Jugendförderung stehe aktuell unter Vorbehalt des Beschlusses des Doppelhaushaltes 2023/2024. Es sei das Ziel, eine fachbereichsinterne Verfahrensweise zu entwickeln, wie die Jugendförderung an die Träger kommuniziert wird.

#### **zu 6            Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

##### UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 08.12.2022.

Herr Ströber führt aus, dass es rückblickend auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.11.2022 eine Diskussion zu formalen Fragen hinsichtlich der Anträge im Jugendhilfeausschuss gegeben hätte. Ab der offiziellen Befassung mit einem Antrag könnten auch andere ihn ändern. Es sei das Ziel, dass das Thema Rufbereitschaft noch einmal aufgerufen wird. Dazu seien detailliertere Informationen wie die Bedarfsanalyse mit dem Stand dieses Beschlusses sowie dem Stand der Stellenbesetzung nützlich. Eine Übersicht aller Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses sowie aller Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung mit Bezug zur Jugendhilfe seien nützlich. Themen für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung für das erste Halbjahr 2023 seien die Organisationsuntersuchung, die besondere Bedeutung des Jugendamtes in Bezug auf die Umsetzung des SGB VIII im Rahmen des Geschäftsbereiches Bildung, Kultur, Jugend und Sport sowie die Auswahl der oder des Beigeordneten für Bildung, Kultur, Jugend und Sport aufgrund der Zweigliedrigkeit des Jugendamtes, wofür es erforderlich sei, den entsprechenden Rechtskreis

herauszustellen. Eine konkrete Organisationsanalyse sei dringend erforderlich, um festzustellen, wie der Stand, der Wille und das Ziel der Verwaltung sind und wie hinsichtlich der Situation des Jugendamtes nachgesteuert werden muss. Geplante Themen für den Februar 2023 seien Gremien und der Jugendförderplan und geplantes Thema für den März 2023 sei der Doppelhaushalt 2023/2024.

Herr Reimann stellt den folgenden Antrag zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Oberbürgermeister, zu prüfen, ob beim nächsten Besetzungsverfahren für die Stelle als Beigeordnete oder Beigeordneter für Bildung, Kultur, Jugend und Sport der Jugendhilfeausschuss beteiligt werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:       **9**  
Ablehnung:           **0**  
Stimmenthaltung:   **2**

Herr Reimann macht auf die besondere Rolle des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe aufmerksam.

AG JuFö

Die AG tagte am Donnerstag, den 08.12.2022.

Frau Tietz führt aus, dass mit Herrn Pfeiffer zu den Haushaltplanungen gesprochen worden wäre. Sie appelliert an den Jugendhilfeausschuss, dass Leistungen der Jugendförderung vorgehalten werden müssen. Es müsse das Ziel sein, dass das Budget für Projekte im Rahmen des Förderprogramms „Potsdamer Lern- und Unterstützungssystem schulbezogene Jugendhilfeleistungen an den Schulen der Landeshauptstadt Potsdam“ (PLuS-Projekte) ausgebaut und erhalten bleibt. Die Erteilung eines Bescheides für Fachkräfte der Einrichtungen kurz vor Weihnachten sei problematisch und würde zu Unsicherheiten führen, weshalb diese künftig früher erfolgen müsse.

Frau Dr. Müller bittet die AG Jugendförderung, den Jugendhilfeausschuss fachlich zum Haushalt zu informieren.

AG Kita

Die AG hat nicht getagt.

AG HzE

Die AG hat nicht getagt.

RegAG 1

Die AG hat nicht getagt.

## RegAG 2

Die AG hat nicht getagt.

## RegAG 3

Die AG hat nicht getagt.

### **zu 7 Bericht des Kita-Elternbeirates**

Herr Witzsche fragt zum Krisenkonzept, da Herr Pfeiffer die Vorstellung des Krisenkonzeptes für die Sitzung angekündigt hätte. Er erinnert an die geplante Befassung mit den Auswirkungen des Brandenburg-Paketes in der Sitzung am 19.01.2023. Herr Witzsche verweist auf die bundesweit kritische Situation im System Kindertagesbetreuung. Es sei zielführend, dass sich der Jugendhilfeausschuss in einer der nächsten Sitzungen intensiv damit auseinandersetzt. Dabei müsse gemeinsam überlegt werden, was die Landeshauptstadt Potsdam unternehmen kann, um die Auswirkungen der Kita-Krise in der Landeshauptstadt Potsdam möglichst gering zu halten.

Herr Pfeiffer führt aus, dass es keinen aktuellen Stand zum Krisenkonzept geben würde. Sobald das Krisenkonzept vorliegt, würde es im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden.

Herr Ströber merkt in Bezug auf die mögliche Befassung mit der bundesweit kritischen Situation im System Kindertagesbetreuung an, dass hierfür eine Aufarbeitung mit klaren Fragestellungen und Aufgaben durch die fachlich damit verbundenen Personen erforderlich sei. Herr Otto gibt zu bedenken, dass die Herausforderungen im System Kindertagesbetreuung in der Landeshauptstadt Potsdam derzeit anders seien. Frau Frenkler befürwortet, dies zu thematisieren und bietet an, dieses Thema gemeinsam mit dem Kreiskitaelternbeirat aufzuarbeiten und das Ergebnis in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses einzubringen. Frau Dr. Müller merkt an, dass man prüfen müsse, wo dieses Thema platziert werden kann.

Herr Reimann gibt bekannt, dass eine zweite Lesung zur Elternbeitragsordnung folgt.

**zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

- zu 8.1 Eckwertebeschluss für die Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes 2023/2024 (inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2025 – 2027)**  
**Vorlage: 22/SVV/0714**  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling

Die Beschlussvorlage wird **zurückgestellt**.

**zu 9 Anträge**

- zu 9.1 Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ Beschluss**  
**Vorlage: 22/SVV/1212**  
Bodo Ströber, Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

**zu 10 Sonstiges**

**Bundesprogramm „Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“**

Frau Parthum macht auf das neue Bundesprogramm „Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ aufmerksam und möchte wissen, ob sich die Landeshauptstadt Potsdam an diesem Bundesprogramm beteiligen möchte. Herr Reimann empfiehlt Frau Parthum, den Dialog mit Herrn Pfeiffer zu suchen.

Herr Otto möchte wissen, ob die Einführung einer KulturKarte über dieses Bundesprogramm möglich ist. Frau Dr. Müller bittet darum, die Möglichkeiten mit Frau Buhr zu besprechen.